

- Pressestelle Landratsamt Mühldorf a. Inn -

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrsbehörde des Landratsamtes nimmt Stellung:

Ersatzlose Schließung des Bahnübergangs Schwindegg-Allersheim im Zuge des Bahnausbaus nicht möglich

Landrat Max Heimerl: „Bund und Bahn müssen sich bewegen und eine umsetzbare Lösung präsentieren“

Die Verkehrsbehörde des Landratsamtes Mühldorf a. Inn hat sich in einer Stellungnahme an die Bayerische Verkehrsministerin Kerstin Schreyer gewandt und ihre Einschätzung zu den Plänen der Deutschen Bahn zum Bahnübergang Schwindegg-Allersheim mitgeteilt.

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein ersatzloser Wegfall nicht möglich sei. Sie befürchtet unter anderem ein „nicht unerhebliches Gefahrenpotential für den Straßenverkehr und deren Teilnehmer“.

Die Straßenverkehrsbehörde weist darauf hin, dass wegen der dann deutlich mehr belasteten Strecke über Allersheim die Schleppkurven für LKW nicht eingehalten werden könnten, teilweise sogar Verkehrsinseln überfahren werden müssten. „Die beengten Straßenverhältnisse sowie die vorhandenen Kurvenradien sind für einen Schwerverkehr nicht geeignet“, bilanziert sie. Darüber hinaus sei es nicht verantwortbar, deutlich mehr Schwerlastverkehr über eine Strecke mit 13% Steigung umzuleiten, die bei Starkregenereignissen, Schnee oder Eisglätte ein erhöhtes Gefährdungspotential aufweise. Auch befürchtet die Verkehrsbehörde aufgrund der erschwerten Zu- und Abfahrt von Kindergarten und Kinderkrippe für die Nutzer ein erhöhtes Unfallaufkommen. Insgesamt sei mit deutlichen Nachteilen für den innerörtlichen Verkehr, speziell für den Schwerlastverkehr der ortsansässigen Firmen zu rechnen.

Landrat Max Heimerl ergänzt die umwelt- und klimapolitischen Auswirkungen: „Einen Umweg von ca. 3,6 Kilometern für die Verkehrsteilnehmer können wir auch aufgrund der dadurch entstehenden zusätzlichen Umweltbelastungen nicht gutheißen.“

Schwindeggs Bürgermeister Roland Kamhuber betonte die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der von der Bahn geplanten Lösung: Der Abbau von Arbeitsplätzen drohe und sogar die Existenz einzelner Gewerbebetriebe stehe auf dem Spiel. Hintergrund ist unter anderem die Tatsache, dass große Maschinen teilweise nicht mehr aus dem Ort heraustransportiert werden könnten. „Wir haben vor 20 Jahren die Ortsumfahrung gebaut, um weniger Verkehr im Ort zu haben. Jetzt kommt die Bahn mit einer Lösung, die wieder deutlich mehr Verkehr in unseren Ort bringt. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger in Schwindegg nicht hinnehmbar“, sagte der Bürgermeister. Deshalb signalisiert die Gemeinde Schwindegg Gesprächsbereitschaft und macht dabei erneut den Vorschlag, auf den geplanten Ausbau des wenig frequentierten Eisenbahnkreuzungspunktes „Bahnüberführung Auenstraße“ zu verzichten, um stattdessen eine kluge und sinnvolle Ersatzlösung für den Bahnübergang Allersheim als Zugang im Osten der Gemeinde Schwindegg zu schaffen. Somit könnten auch die vielzitierten Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite mit den fundamentalen Bedürfnissen der Gemeinde Schwindegg hinsichtlich einer zukunftsweisenden Infrastruktur in Einklang gebracht werden. Wir setzen uns damit auch für die Anwohner von Allersheim ein, die schon jetzt belastet sind und dann noch mehr Verkehrslärm ertragen müssten, so Kamhuber weiter.

Nach Auffassung des heimischen Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer sind sowohl die Argumente der Gemeinde Schwindegg, der betroffenen mittelständischen Unternehmer als auch des Landratsamtes Mühldorf vollkommen schlüssig. Deshalb ist Staatssekretär Mayer bereits bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer vorstellig geworden. Gemeinsam mit Bürgermeister Roland Kamhuber wird er alles unternehmen, um eine nicht hinnehmbare Belastung insbesondere der Einwohner in Allersheim zu verhindern. Gemeinsam müsse und werde man wie beim Bahnübergang Weidenbach eine andere Lösung finden. Den Vorschlag der Gemeinde, auf den geplanten Ausbau des wenig frequentierten Eisenbahnkreuzungspunktes "Bahnüberführung Auenstraße" zu verzichten, um eine angemessene Lösung im Osten der Gemeinde Schwindegg zu erreichen, begrüßt Stephan Mayer ausdrücklich. Dies zeigt, dass die Gemeinde auf die Deutsche Bahn zugeht.

Auch für den Landtagsabgeordneten Dr. Marcel Huber stellt die ersatzlose Auflassung des Bahnübergangs beim Holzwerk Obermeier keine akzeptable Lösung dar: „Dies wäre nur der Fall, wenn es sich dabei um eine reine Verlängerung der Wegstrecke handeln würde, die man fahren muss, um vom Ortszentrum auf die Isentalstraße zu gelangen. Die angedachte Verbindung über Allersheim, vorbei am Kindergarten, den steilen Berg hinauf, um eine scharfe Kurve herum, mitten durch Siedlungsgebiet ist jedoch in meinen Augen keine angemessene und tolerierbare Ersatzwegführung. Es sollte daher unbedingt nach einer Alternative gesucht werden, die sowohl für die Verkehrsteilnehmer wie für die Anwohner, eine akzeptable Lösung bietet. Ich werde mich beim Freistaat, als einem der beiden Kreuzungsteilnehmern, für eine für alle zufriedenstellende Lösung einsetzen.“

Das Landratsamt wandte sich an die Bayerische Verkehrsministerin, weil es sich beim jetzigen Bahnübergang in der Nähe des Holzwerks Obermeier um eine Staatsstraße handelt und daher der Freistaat Bayern im Verfahren als Kreuzungsbeteiligter gilt.

Pressestelle

Landkreis Mühldorf a. Inn